

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2014

SICHERE ENERGIEVERSORGUNG - STARKES BAYERN

08.01.2014

Die CSU steht für die konsequente Umsetzung der Energiewende. Viele Jahre stand dabei im Vordergrund, dass Kapazitäten aus Erneuerbaren Energien aufgebaut werden. Inzwischen haben wir aber auch die Ziele Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit in den Fokus genommen. In Bayern fallen in den nächsten Jahren erhebliche Kernkraftkapazitäten weg. Es besteht die Gefahr, dass die Versorgungssicherheit hierdurch stark beeinträchtigt wird. Um sie sicherzustellen, fordern wir:

Die Bundesnetzagentur muss zu Beginn des Jahres 2014 grünes Licht für die Ausschreibung von Reservekapazität in Süddeutschland geben.

Um die schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auszugleichen und die künftig fehlenden Kernkraftkapazitäten zu ersetzen, brauchen wir in Bayern kurzfristig Ausgleichskapazitäten. Im Sinne des Koalitionsvertrags fordern wir, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen der anstehenden Untersuchungen auf Grundlage der Reservekraftwerksverordnung die Errichtung neuer regional erforderlicher Kraftwerkskapazitäten zügig prüfen und gegebenenfalls sicherstellen wird. Der Rückgriff auf (alte) Kohlekraftwerkskapazitäten im Norden ist wegen fehlender Netze kein Lösungsansatz für die Bereitstellung von Reservekapazität.

Die Thüringer Strombrücke ist schnellstmöglich fertigzustellen.

Die Genehmigungsbehörden der betroffenen Länder müssen dieses Vorhaben prioritär bearbeiten. Die Netzbetreiber sind gefordert, die Behörden dabei zu unterstützen und alles Erforderliche für eine zügige Realisierung (Grunderwerb, vorbereitende Arbeiten) zu unternehmen. Die Thüringer Strombrücke ist nicht nur für die Versorgungssicherheit in Bayern dringend notwendig. Sie macht auch den Ausbau der Windkraft im Norden sinnvoller. Der beschleunigte Ausbau der Thüringer Strombrücke wurde bereits im Energieleitungsausbaugesetz von 2009 festgelegt. Derzeit sind jedoch erst zwei der fünf Ausbauabschnitte vollständig fertig gestellt.

Der Netzausbau muss insgesamt schneller vorangehen.

Um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, müssen die Übertragungs- und die für die Einspeisung der Erneuerbaren Energien wichtigen Verteilnetze quantitativ und qualitativ ausgebaut werden.

Durch eine Erdverkabelung von 110 kV - Leitungen wollen wir die Akzeptanz erhöhen. Der Bau von Freileitungen stößt häufig auf Widerstand der ansässigen Bürger. Hierdurch entstehen Verzögerungen beim Netzausbau, die wiederum mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Deshalb ist abzuwägen, ob die höheren Kosten eines Erdkabels nicht hingenommen werden sollten, wenn sie Akzeptanzprobleme und hohe volkswirtschaftliche Kosten vermeiden können. Das Energiewirtschaftsgesetz legt fest, um wie viel die Kosten eines Erdkabels diejenigen Kosten einer vergleichbaren Freileitung übersteigen dürfen. Diese Grenze ist vor dem Hintergrund der obigen Abwägung kritisch zu überprüfen.

Der Ausbau der Verteilnetze, der die Ausstattung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik (Smart Grids) einschließt, erfordert gewaltige Investitionen der Netzbetreiber. Die gegenwärtig in der Anreizregulierungsverordnung vorgesehenen Instrumente zur Berücksichtigung von Investitionskosten tragen dem nicht ausreichend Rechnung. Unter anderem kann der Zeitverzug für die Kostenberücksichtigung bis zu sieben Jahre betragen. Wir sprechen uns daher für eine rasche Reform der Anreizregulierung im Bereich der Verteilnetze aus. Es muss gewährleistet werden, dass die Kosten von Erweiterungs-, Umstrukturierungs- und Ersatzinvestitionen im Verteilnetz verursachungsgerecht, zeitnah und unbürokratisch berücksichtigt werden können.

Erneuerbarer Strom muss kostenbewusst in Bayern produziert werden.

Bei der Energiewende setzen wir auf heimische Wertschöpfung. Deshalb wollen wir die „Besondere Ausgleichsregel“ im EEG erhalten. Die Befreiung der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage ist wettbewerbspolitisch geboten. Das von der EU-Kommission eingeleitete Beihilfverfahren darf nicht dazu führen, dass der Industriestandort Deutschland und seine Arbeitsplätze gefährdet werden.

Ein übermäßiger Import von Strom - zum Beispiel aus Kernkraftwerken unserer Nachbarländer - stellt für uns auch keine akzeptable Alternative dar. Deshalb wollen wir Ersatzkapazitäten ausbauen und gleichzeitig mehr erneuerbare Energiequellen erschließen. Hierbei ist es wichtig, dass dies mit möglichst geringen Beeinträchtigungen für Menschen und Landschaft verbunden sind. Mit Blick auf den Ausbau der Windenergie an Land, die neben der Windenergie auf See eine tragende Säule beim Umbau der Energieversorgung ist, begrüßt die CSU-Landesgruppe deshalb die geplante Einführung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch, die es den Ländern ermöglicht, landesspezifische Regeln über Mindestabstände zur Wohnbebauung zu treffen.

Eine sich an der Akzeptanz orientierende Abstandsregelung wird allerdings dazu führen, dass der Ausbau der Windkraft etwas eingeschränkt wird und Potentiale dieser erneuerbaren Energie verloren gehen. Deshalb muss Bayern noch stärker auf Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse setzen. Moderne Technik macht den Ausbau der Wasserkraft an bestehenden Querbauwerken ökologisch vertretbar. Wir wollen hierzu die Genehmigungsvoraussetzungen anpassen. Strom aus Photovoltaikanlagen kann für den Eigenverbrauch weiter genutzt werden, da dieser sich nur eingeschränkt auf die EEG-Umlage auswirkt. Bei Biomasse brauchen wir Anreize zur flexiblen Einspeisung von Strom, wie wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Um die Netzstabilität zu gewährleisten und den Strompreisanstieg zu bremsen, muss das EEG grundlegend und gemäß des im Koalitionsvertrag vereinbarten Zeitplans reformiert werden. Die verpflichtende Direktvermarktung für Strom aus Neuanlagen ist gegenüber dem Koalitionsvertrag zeitlich vorzuziehen. Für Neuanlagen ist die Entschädigung bei Abregelung („Härtefallregelung“) wegen Netzengpässen zu hinterfragen, um so einen weiteren sinnvollen Anreiz für eine netzgerechte Standortwahl und Speicherinvestitionen zu setzen. Die gesamte Eigenstromerzeugung aus neuen Anlagen ist über eine leistungsabhängige Netzanschlussgebühr an der EEG-Umlage zu beteiligen.

Für alle unsere Änderungsvorschläge gilt: Altanlagen genießen stets Bestandsschutz, denn der CSU-Landesgruppe ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich die Bürger auf getroffene Entscheidungen verlassen können. Der Vertrauensschutz ist im Hinblick auf getätigte und in der Realisierung befindliche Investitionen entsprechend zu gewähren.

Leistung muss künftig auf einem entsprechenden Markt gehandelt werden.

Fossile Kraftwerke werden derzeit immer unrentabler, denn sie müssen aufgrund des Einspeisevorrangs für Erneuerbare Energien häufig heruntergefahren werden. Betreiber von fossilen Kraftwerken wollen deshalb vermehrt bereits laufende Kraftwerke stilllegen und kaum mehr in neue Anlagen investieren. Es besteht die Gefahr, dass wir bei dem derzeitigen Marktdesign, das heißt bei den derzeitigen Grundstrukturen unserer Energieversorgung, eine Versorgungslücke bekommen. Damit Ersatzkapazitäten entstehen, muss nicht nur elektrische Arbeit, sondern auch Kapazität auf einem entsprechenden Markt honoriert werden. Für die mittlere Frist haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass ein entsprechender Kapazitätsmechanismus entwickelt werden muss. Eine Entscheidung über die Art des einzuführenden Kapazitätsmechanismus ist bis zum Sommer 2014 zu treffen. Der dazugehörige Gesetzentwurf ist zügig vorzulegen. Für uns geht es beim Marktdesign ausdrücklich nicht nur um die Subventionierung alter Kohlekraftwerke, sondern um einen sehr viel breiteren Ansatz. Wir brauchen eine technologieoffene, wettbewerbliche und europakompatible Lösung, die neben gesicherten Erzeugungskapazitäten auch Speicher und Lastmanagement einbezieht. Die Themen lastflexible Bepreisung von Strom im Tagesverlauf, mit der Anreize für mehr Energieeffizienz und Speicherung geschaffen werden können, und die zukünftige Rolle der Strombörse sind ebenfalls Aspekte, über die in diesem Zusammenhang zu diskutieren ist.